Ausgabe für Groß-Berlin

10 Pfennig

Deutsche Allgemeine Zeitung

Berlin, 11. November 1925
Mittwoch Morgen

Chefredakteur Dr Fritz Klein. Schriftleitung und Verlag Berlin SW. 48, Wilhelmstr. 50—52. Fernsprecher: Amt Nollendorf 4783—88, 5980—88. Postscheck Berlin Nr. 107 041. Die „DAZ" erscheint Sonntags und Montags einmal, sonst zweimal täglich. Monatlicher Bezugspreis 4,35 R.-M. in Berlin durch Boten.

Mit den Beilagen: Welt und Werk * Kraft und Stoff * Wirtschaft und Recht * Weltverkehr * Bild im Bilde.

Bank-Konto: Darmstädter und Nationalbank Depositenkasse Berlin SW. 68, Friedrichstrasse 46. Fernsprechanschluß: Amt Nollendorf 4783—88. Nichtbelieferung besteht kein Anspruch auf Vergütung. Anzeigenpreis 0,45 R.-M. je 33 mm breite Millimeter-Zeile. :—: :—: Bedarfsanzeigen nach besonderem Tarif. :—: :—:

64. Jahrgang
Nr. 532

11.11.m

10 Pfennig

Verminderung der belgischen Rheintruppen?

Das englische Programm der „Erleichterungen" fertiggestellt.

sx. London, 10. 11. (Eigenbericht.)

Die belgische Regierung hat, wie ich erfahre, als erste unter Fühlung nehmen die alliierten Regierungen der deutschen Regierung offiziell mitgeteilt, welche Rückwirkungen nach ihrer Meinung dem Vertrag von Locarno folgen müßten. Es handelt sich in erster Linie um die bekannten Einschränkungsfälle im Rheinlandvertrage, Verringerung der Belagnisse der unteren Chargen, Beschränkung der Kriegsgerichte auf besonders schwere Fälle, die die Sicherheit der Besatzungstruppen gefährden.

Ferner aber soll die belgische Regierung im Gegensatz zu den anderen alliierten Regierungen bereit sein, eine Verminderung der Truppenzahl auf den Stand der deutschen Vorkriegsgarnisonen einzutreten zu lassen.

Man geht wohl nicht fehl in der Annahme, daß dieser letzte Punkt bereits eine Voraussetzung des Finanzprogramms ist, das der belgischen Kammer in allerkürzester Zeit vorgelegt wird. Bei seinen in London geführten Verhandlungen mit einem Konsortium internationaler Bankiers hat sich der belgische Finanzminister bekanntlich verpflichtet, die Zustimmung des Parlaments zu einem Finanzprogramm herbeizuführen, von dem die Beschaffung der Gewährung der Währungsanleihe abhängig machen. Auch die französische Regierung wird in wohl einer Tages gegenungen sein. Die jetzt noch bestehende Herabsetzung der Truppenzahl unter diesem Gesichtspunkt zu betrachten. Das hat allerdings mit dem viel zitierten Geist von Locarno nichts zu tun. Für England kommt dieser finanzielle Grund natürlich nicht in Frage, und die großen Quartierverbreiterungen, die in Wiesbaden getroffen werden, lassen nicht gerade darauf schließen, daß die Räumung der ersten Rheinlandzone den gelamten Truppenbestand um das vollentsprechende Maß verringern wird. Das Arrangement mit dem sich besonders Frankreich gegen eine Herabsetzung der Besatzungsarmee freiwillig ist bekanntlich immer wieder, daß so die Räumung der ersten Zone sowieso schon eine Verringerung bedeute. Man wird auf deutscher Seite darauf achten müssen, daß nicht eine Umgruppierung, wie sie auch nach der Nichtrückumung stattfand, die Besatzungsstaffen der übrigbleibenden Zonen verstärkt.

Auch das englische Programm der zu gewährenden Erleichterungen ist fertiggestellt. Die Verhandlungen darüber, besonders auch über den Termin seiner Bekanntgabe, sind jetzt Lord d'Abernon an die Hand gegeben, der in Berlin eine Einigung erzielen soll.

Daß der morgige Waffenstillstandstag, der hier überall mit Glockenläuten gefeiert wird, und an den sich in Deutschland die bittersten Erinnerungen knüpfen, nicht gerade der passendste Zeitpunkt ist, hat man hier inzwischen wohl eingesehen. Es ist aber zu erwarten, daß man mittelbar darauf etwas geschieht. Die günstige Gelegenheit, bei der England mit etwas mehr Freiwilligkeit seinen sogenannten guten Willen hätte betonen können, hat sich Chamberlain gestern entgehen lassen, wobei er vielleicht persönlich behindert war, der Rücksicht auf gemeinschaftlich alliierte Bande den Vorzug geben zu müssen. Seine mit großer Spannung erwartete Rede mußte daher enttäuschen. Um so mehr Aufhebens wird von der Zeremonie des freienden Liebesbeders gemacht, den Chamberlain dem neben ihm sitzenden deutschen Botschafter frebendte. Wenn man die Rederung der gesellschaftlichen Atmosphäre als Maßstab gelten lassen sollte, so muß man in der Tat zugeben, daß Locarno bereits Rückwirkungen aufzuweisen hat.

Die Büsten Wellingtons und Blüchers in der Bibliothek neben Schambertins Platz, dem Ritschesvrädz einen betont freundlichen Charakter zu geben.

Kriegsgerichtsurteil im Geist von Locarno.

a. Paris, 10. 11. (Eigenbericht.)

Das französische Kriegsgericht in Amiens hat heute abermals zwei deutsche Offiziere in contumaciam zum Tode verurteilt. Es handelt sich um den Oberst Wolage, Führer des 56. Infanterie-Regiments, und um einen Leutnant Schulz vom 17. Artillerie-Regiment.

Eingeständnis des „Systems der Nadelstiche".

London, 10. 11. (W. T. B.) Der diplomatische Berichterstatter der Westminster Gazette" schreibt, Luther werde bald in der Lage sein, die Deutschnationalen von das erste endgültige Ergebnis der Locarno zu fühlen. Leider scheine keine Hoffnung zu bestehen, daß die französischen Garnisonen vermindert werden sollten; aber es werde das bestehende System der Nadelstiche und der unnötigen Einmischung in die örtliche Verwaltung beseitigt werden.

Vor einer Locarnodebatte in der belgischen Kammer.

Brüssel, 10. 11. (W. T. B.) Das Parlament hat heute seine Arbeiten wieder aufgenommen.

Außenminister Vandervelde wird am nächsten Dienstag in der Kammer eine Darlegung der außenpolitischen Lage, wie sie sich nach der Konferenz von Locarno herstellt, geben.

Deutsche Volksportel und Locarno.

ed. Dresden, 10. 11. (Eigenbericht.)

Reichstagsabgeordneter Dr. Heinze hielt in einem Vortrag über das Vertragswerk von Locarno u. a. aus: Der politische Sinn des Vertrages sei für uns der, im Westen zu beruhigen, um in den freie Handlungsfreiheit Verhandlungen zu bekommen. Unter der Voraussetzung, daß die Rückwirkungen auf das Rheinland im Rahmen der mit unseren Vertragsgegnern mündlich getroffenen Vereinbarungen noch bis Ablauf der Unterzeichnungsfrist des Vertrages sichtbar würden, würde auch die Deutsche Volkspartei für das Vertragswerk eintreten.

Changs Mandschutruppen geschlagen.

Swatau in der Hand der Kantonregierung.

Schanghai, 10. 11. (Sonderdienst der DAZ.)

Die mandschurischen Truppen Chang Tso-lins haben von ihrer Stellung im Norden von Kiangsu in einem östlichen Umgehungsmarsch Rheinlanden nach einige Zeit etwa 80 Meilen nördlich des Jangtse an den Roten Kanal gesucht, um die rückwärtigen Verbindungen der Kuomingtruppen nach Schanghai abzuschneiden.

In einem mehrtägigen Gefecht, das auf beiden Seiten beträchtliche Verluste brachte, sind die mandschurischen Truppen geschlagen worden. Darauf brach in Sutschoufu eine Meuterei aus, und diese Stadt wurde von den Chiang-Truppen genommen.

Der Chekiang-General schien jedoch nicht die Absicht zu haben, vorläufig weiter nordwärts zu marschieren, sondern hat die Besatzung der mandschurischen Truppen dem Gouverneur von Honan, einem Anhänger des Generals Feng, überlassen, der, wie gemeldet wird, beschlossen hat, sich den Kampfe gegen Chang Tso-lin anzuschließen. Die Provinzen Schensi und Honan bereiten einen Einfall in Schansi vor.

Im Süden hat die Kantonregierung alle Angriffe der mit Hongkong verbündeten Truppen abgeschlagen und nach der Einnahme von Swatau auch dort den antibritischen Boykott wieder eingeführt.

Eine ungünstigere Lage ist für die Zollkonferenz kaum denkbar, die in Peking ihren Arbeiten nachgeht. Der russische Einfluß ist im Wachsen begriffen.

Wu Peifu greift im Rücken an.

Peking, 10. 11. (Sonderdienst der DAZ.)

Der Rückzug der mandschurischen Truppen seit die Folge des unerwarteten Eintreffens von Truppenabteilungen von Hupeh unter dem Kommando des Generals Wu Peifu zu sein, der im Rücken der mandschurischen Truppen angriff und große Abteilungen abschnitt. Andere Truppen, die früher unter Wu Peifus Kommando standen, aber nach seinem Sturz von Chang Tso-lin in die Schantung-Armee übernommen wurden, meuterten und gingen zum Gegenpartei über.

Der Befehlshaber der Schantungtruppen soll die Hälfte seiner Armee verloren und sich nach seiner eigenen Hauptstadt zurückgezogen haben. Die Stadt wurde hier gelegentlich, und zwar hauptsächlich, Chang Tso-lin sei durch den Rückzug auf eine Boßs stärker geworden. Der Schantungkommandeur hat, anstatt wie besoldet in der Defensive zu bleiben, 100 Meilen südlich seiner Hauptstellung die Offensive ergriffen, wobei er geschlagen wurde.

Ein Regiment Kavallerie Chang Tso-lins ist 25 Meilen östlich von Peking nach einem Marsch durch die Berge von Jehol aufgerieben. Die Besorgnis vor einem Ausbruch der Feindseligkeiten in der Nähe der Hauptstadt macht. Allerdings hat sich General Feng bisher noch nicht erklärt, und auch die Haltung der Honantruppen ist noch nicht geklärt, wenn auch ein unerwarteter Aufmarsch dieser Truppen möglich ist.

Holländisch-Indien und die deutschen Segelflüge.

Ein Kolonialoffizier nach der Rhön abkommandiert.

Bandoeng (Java), 10. 11. (W. T. B.)

In einem Schreiben an die niederländisch-indische Regierung weist die Heeresleitung auf die große Bedeutung hin, die ihrer Ansicht nach die großen Fortschritte, die in der letzten Zeit in Europa, und namentlich in Deutschland, bei der Verwendung der in motorlosen Flugzeuge oder der Flugapparate mit leichten Motoren erzielt wurden, auch für die indischen Luftverkehrs, namentlich bezüglich der Versuche und Ausbildungsflüge betreffen. Die Heeresleitung schlägt daher vor, mehrere Offiziere der niederländisch-indischen Luftflotte zum Studium der Entwicklung dieser Luftfahrzeuge nach Europa zu entsenden, insbesondere auch einen fachkundigen Offizier zu dem für August 1926 vorgesehenen deutschen Segelflugwettbewerb in der Rhön nach Deutschland abzuordnen.

Flugzeugunfall im Sund.

Kopenhagen, 10. 11. (W. T. B.)

Das Flugzeug der deutschen Junkerswerke D 704, das um 6½ Uhr Morgenzeitung zu einem Nachtflug nach Kopenhagen verließ, kenterte bei der Ankunft im Sunde vor der Wasserflugzeugstation der dänischen Marine. Der Beobachter Leutnant Goitzsauer wurde beim Kentern ins Wasser geschleudert. Als das Motorboot der Wasserflugzeugstation einige Minuten nach dem Unfall den Aeroplan erreichte, lag dieser mit besten Pontons im Wasser. In der Zwischenzeit war der Führer, Kapitänleutnant Calpar, gelungen, unter dem Wasser von der Maschine frei zu kommen. Erbarte sich mit dem Beobachter auf das Pontonrand gerettet. Keiner von ihnen ist zu Schaden gekommen.

Die Maschine wurde ins flache Wasser geschleppt. Die Ursache des Unfalls scheint eine Wendung der Maschine im Landungsangenblick gewesen zu sein.

Die „Goldene Rose" für die Königin der Belgier.

fr. Mailand, 10. 11. (Eigenbericht.)

Der Papst wird der Königin Elisabeth von Belgien anläßlich des Festes ihrer silbernen Hochzeit die „Goldene Rose" verehren, die höchste Auszeichnung, die an katholische Fürstinnen verliehen wird. Das Geschenk ist ein aus zwanzig Rosen bestehendes Bukett aus lauterem Golde, das an einer großen silbernen und vergoldeten Rose ruht. Der in den Rosen enthaltene Moschus und Balsam ist vom Papst geweiht.

*

Königin Elisabeth ist bekanntlich eine Schwester des Kronprinzen Rupprecht von Bayern.

Eigener Nachrichtendienst und „London Times News Service"

Aus dem zerstückelten Tirol.

Kundgebung im Tiroler Landtag.

kbg. Wien, 10. 11. (Eigenbericht.)

Im Tiroler Landtag hat heute der Landeshauptmann von Tirol, Dr. Stumpf, in eindrucksvollen Worten die Not und Bedrängnis der deutschen Stammesbrüder in Südtirol beklagt und erklärt, daß nichts unversucht gelassen werden dürfe, um die Lage der Deutschen in Südtirol erträglicher zu gestalten. Der Landeshauptmann führte u. a. noch folgendes aus:

„Durch die Bestimmungen von St. Germain ist Tirol zerrissen worden. Anscheinlich die bestehenden Tatsachen blieb uns nichts anderes übrig, als alles, wenn auch bedrückten Herzens, hinzunehmen. Wir gaben uns dabei der Hoffnung hin, daß Versicherungen, die an Deutschfeite nichts zu wünschen übrig ließen, schließlich tatsächlich verwirklicht werden, und daß demgemäß den von uns getrennten Stammesbrüdern eine erträgliche Zukunft beschieden sein würde.

Leider haben sich diese Hoffnungen nicht erfüllt. Wenn wir sehen, wie die Dinge sich in Wirklichkeit gestaltet haben, so ist es begreiflich, daß unser Mißerfolg von Tag zu Tag immer mehr herausgefordert wird, und deshalb ist es nicht nur unser Recht, sondern auch unsere Pflicht, in Achtung vor den Bestimmungen der bestehenden Verträge nichts unversucht zu lassen, was eine Besserung dieser harten Verhältnisse herbeiführen könnte. Wenn wir dies tun, wir könnte uns das vom Standpunkt der Menschlichkeit verargen?

Wir können nicht glauben, daß nicht auch den Deutschen, soweit sie zu den nationalen Minderheiten gehören, das sonst selbstverständliche Recht, das Recht auf nationale und kulturelle Eigenart, schließlich zuteil werden wird. Das ganze Tiroler Volk, ja, das ganze deutsche Volk und schon bedeutende Kreise darüber hinaus, sind in dieser Hinsicht eines Sinnes.

Weil wir glauben, daß das Recht, auf das unser Volk Anspruch hat, nicht zunächst gemacht werden kann, und daß es sich früher oder später Bahn brechen wird, lassen wir nicht den Mut sinken und rechnen mit Zuversicht darauf, daß schließlich eine Verbauung zum Besseren eintreten wird. Möge dieser Tag bald, recht bald kommen!" (Lebhafter Beifall.)

Massenverhaftung in Südtirol.

kbg. Wien, 10. 11. (Eigenbericht.)

Unter dem Verwand des Verdachts der Teilnahme an der Verschwörung gegen Mussolini wurden in zahlreichen Südtiroler Städten über 150 Personen verhaftet. Viele von ihnen wurden nachts aus den Wohnungen geholt. Verhaftet sind Lehrer, Beamte, Geistliche, Gesellsche usw. Ein Teil der Verhafteten wurde später wieder freigelassen.

Zusammenstöße in der Wiener Universität.

In Gegenwart des Bundespräsidenten, des Unterrichtsministers und des Rektors.

kbg. Wien, 10. 11. (Eigenbericht.)

An der Wiener Universität ist heute der neue Rektor, Prof. Dr. Karl Lueg, in sein Amt eingeführt worden. Der Feier wohnten auch der Bundespräsident und der Bundesminister des Bundes bei. Die Zusammenstöße zwischen deutschradikalen und den deutschfreiheitlichen Studenten. Es war zum ersten Male gestatten worden, daß auch die deutschfreiheitlichen farbentragenden Verbindungen ihre Chargierten zur Feier entsenden. Die „radikalen" nicht farbentragenden Studenten verweigerten jedoch den Chargierten den Eintritt in den Saal. Es kam dabei zu Raufszenen. Darauftin wurde beschlossen, alle Chargierten den Saal zu verlassen hätten, was auch tatsächlich geschehen ist.

*

kbg. Wien, 10. 11. (Eigenbericht.)

Die Studentenschaft der Wiener Kunstgewerbeschule hat, wie bereits gemeldet, den tägigen Protestfreik beschlossen, der sich gegen eine Verordnung richtet, die die Berufsaufnahme der Schüler erschwerten würde. Es ist nämlich die Erlassung einer Verfügung geplant, die es den Absolventen dieser Schule künftig unmöglich machen würde, als selbständige Architekten oder Bauleiter von technischen Büros usw. tätig zu sein. Die Schüler verlangen auch eine Zusicherung, daß ihnen die entsprechende Titelzuerkennung für die Absolventen.

Der Reichspräsident nach Süddeutschland abgereist.

Der Reichspräsident ist gestern abend 8.54 nach Süddeutschland abgereist, um den Regierungen von Württemberg, Baden und Hessen seinen Besuch abzustatten. Heute vormittag 10 Uhr ist der Reichspräsident in Frankfurt a. M. zu besuchen. In der Begleitung des Reichspräsidenten befinden sich Staatssekretär Dr. Meißner und der persönliche Adjutant, Major v. Hindenburg.

Besprechung der Innenminister über Polizeifragen.

Am Dienstag fand in der Reichskanzlei eine Besprechung über Polizeifragen mit den Innenministern der Länder statt, zu der auch einige Mitsprechpersonen eingeladen waren. Es wurde, wie W. T. B. mitteilt, völlige Einigkeit der Auffassung zwischen der Reichsregierung und den Ländern festgestellt.

„Zyhigenia in Aulis."

Städtische Oper.

Eine Aufführung der „Zyhigenia in Aulis", eines der edelsten Meisterwerke deutscher Musik, bedeutet immer eine Tat.

Das Gange ist ein Triumph der Musik über das Drama, ein zyenisch dargestelltes Oratorium, das durch die Kraft und Reinheit seiner Musik begeistert, wenn auch der Inhalt allem Menschlichen heute gar zu fern bleibt.

Die Aufführung der Städtischen Oper, Leitung: Otto Klemperer, Mitarbeit Emil Schipper, Maria Olszewska, Martin Kuhmann in den Hauptrollen zum Teil sehr eindrucksvoll. Ueber das Ganze wird noch zu reden sein. Schrenk.

Painlevé vor der Entscheidung.

Pessimismus in den Wandelgängen der Kammer.

a. Paris, 10. 11. (Eigenbericht.)

In der heutigen Beratung der Gruppen des Kartellrates zeigte es sich abermals, daß unter den Teilnehmern des Kartells einstimmig eine Einigung für eine gemeinsame Haltung gegenüber den Finanzprojekten der Regierung zu erzielen ist, wie in der Finanzkommission selbst, und es wurde daher von den Gruppen der Beschluß gefaßt, die Beratungen in der Finanzkommission so schnell als möglich zu beenden, und der Kammer die Aufsatze zu überlassen, in einer ausführlichen Debatte eine Entscheidung zu treffen.

Der gleiche Beschluß scheint in dem heute abend stattgefundenen Ministerrat, in dem Painlevé über die finanzielle und politische Lage berichtete, gefaßt worden zu sein, denn Painlevé erklärte beim Verlassen des Elysée, daß die Regierung entschlossen sei, die Kammer aufzufordern, bis spätestens Donnerstag oder Freitag in die Diskussion der Finanzprojekte einzutreten.

Morgen findet erneut eine Sitzung der Finanzkommission statt, in der Painlevé abermals Erklärungen abgeben wird. Heute abend 9.30 Uhr findet erneut eine Gruppensitzung des Kartells statt. Den Antrag Maginots, dem Vorsitzenden der Finanzkommission, um einen Projekt einzubringen, lehnte Painlevé mit den Worten ab:

„Ich will nicht fischen. Wenn es nötig ist, werde ich fischen!"

Die Gruppe der demokratisch-republikanischen Union (Opposition) betonte in ihrer heutigen Sitzung erneut, daß die Finanzkrisis eine Vertrauenskrisis sei, die nur durch eine vollständige Aenderung der politischen Orientierung zu lösen sei und daß die Gruppe deshalb das Finanzprojekt der Regierung ablehnen müsse. So wird sich heute bereits in den nächsten Tagen das Schicksal des zweiten Kabinetts Painlevé entscheiden.

Die allgemeine Auffassung in den Wandelgängen der Kammer und in den politischen Kreisen ist heute die, daß die Finanzprojekte der Regierung auch im Plenum abgelehnt werden und daß Painlevé für den Versuch der Bildung eines Konzentrationsministeriums (Briand) Platz wird machen müssen oder daß Neuwahlen kommen müssen.

*

Paris, 10. 11. (W. T. B.) Der Finanzausschuß der Kammer hat in seiner heutigen Sitzung mit 12 gegen 7 Stimmen bei Stimmenhaltung der Sozialisten die Bestimmung des Regierungsentwurfs abgelehnt, die eine Besteuerung der Wertpapiere vorsieht. Durch diese Abstimmung wird die im Gesetzentwurf vorgesehene Ausnahmeregelung für Aufsammelzertifikate von rund 1,5 Milliarden Franken verringert. Die Sitzung wurde unterbrochen, um Painlevé Mitteilung von dem Ergebnis der Abstimmung zu machen. Nach Wiederzusammentritt hat sich der Finanzausschuß auf morgen nachmittag vertagt.

*

Paris, 10. 11. (W. T. B.) Die Kammer hat in ihrer heutigen Sitzung die durch die Neubildung des Kabinetts notwendig gewordenen Mehrausgaben mit 340 gegen 221 Stimmen in Höhe von rund 60 000 Franken bewilligt. Dagegen stimmten die Rechte und die Kommunisten. Die Sozialisten mit einem Teile der Mittelparteien stimmten mit den Radikalen für den Gesetzentwurf.

Paris feiert.

a. Paris, 10. 11. (Eigenbericht.)

Die Feier des Waffenstillstandes wird in Paris morgen in den üblichen Formen begangen werden. Um 11 Uhr vormittags werden 250 Regimentsfahnen von Invalidenbom zum Grabe des unbekannten Soldaten unter dem Triumphbogen gebracht werden. An der Feier werden der Präsident der Republik, die Präsidenten des Senats und der Kammer, die französischen Marschälle, das diplomatische Korps und die Spitzen der Behörden teilnehmen. Der Präsident der Republik wird einen Kranz niederlegen, worauf das Schweigen von 1½ Minuten begonnen, an dem sich eine Parade anschließen wird.

Zum Gedächtnis der Kriegsbeendigung wurden in den letzten Tagen in allen Zelten Frankreichs die ganze Kriegszeit über Fahnen entfaltet, darunter auch ein Gedenkstein in der Dorfschaft Houdron, wo die deutschen Unterhändler nach Versailles kamen, der französischen Sitte zum ersten Male von Fech empfangen wurden.

Japanische 100-Millionen-Anleihe.

sx. London, 10. 11. (Eigenbericht.)

Aus Tokio wird gemeldet, daß der japanische Finanzminister über die Aufnahme einer Wiederaufbauanleihe von 100 Millionen Yen auf dem londoner Markt verhandelt. Die Anleihe soll durch die Nationale Steele Bank vermittelt und in etwa 14 Tagen zur Zeichnung aufgelegt werden. Das wäre die erste Anleihe nach der von Churchill Ende Oktober gegebenen Aufhebung der Sperre des Londoner Goldmarktes.

Die italienischen Schuldenverhandlungen.

fr. Mailand, 10. 11. (Eigenbericht.)

In Rom verlautet aus zuverlässiger Quelle, daß die amerikanische Schuldenkommission bei Grafen Volpi Vorschläge zur Amortisierung der italienischen Schulden vorbereitet. Die Vorschläge seien günstiger als die Belgien gemachten Zugeständnisse und noch erst natürlich als die England gemachten Zugeständnisse. Die amerikanische Kommission trägt also wenigstens in gewissem Grade der italienischen Zahlungsfähigkeit Rechnung.

Ein gemeinsam in Washington herausgegebenes Kommuniqué besagt, daß die Beratungen der Unterkommission einen für beide Teile recht befriedigenden Fortgang nähmen.

Bochum, 10. 11. (W. T. B.) Der Reichsarbeitsminister hat den am 29. Oktober für den Ruhrbergbau gefällten Schiedsspruch, der eine Lohnerhöhung vorsieht, für verbindlich erklärt.

kbg. Wien, 10. 11. (Eigenbericht.) Im österreichischen Nationalrat ist heute die Regierungsvorlage über die Alters- und Invaliditätsversicherung eingebracht worden. Die Einführung der Versicherung kommt frühestens für das Jahr 1928 in Betracht.

kbg. Wien, 10. 11. (Eigenbericht.) Aus Innsbruck liegen Meldungen über eine Audienz der Führer der Opposition bei König Ferdinand vor.

Die Wirtschaftsverhandlungen.

Mit Polen und England.

W. T. B. meldet:

Der polnische Delegierte für die deutsch-polnischen Handelsvertragsverhandlungen, Botschafter Prof. Dr. Strasburger, hat dem deutschen Bevollmächtigten, Staatssekretär z. D. Lewald, die deutsche Ueberzeugung der neuen polnischen Zollerhöhungsverordnung vom 30. Oktober d. J. übermittelt. In der anschließenden Besprechung wurde, einer polnischen Anregung entsprechend, für Ende der Woche eine weitere Zusammenkunft in Aussicht genommen, in der die Beratungen über die weiteren Verhandlungen vereinbart werden soll.

*

sx. London, 10. 11. (Eigenbericht.)

Die deutsch-englischen Verhandlungen über die Auslegung der Meistbegünstigungsklausel des Handelsvertrages haben nach der gestrigen Erörterung heute zu den ersten sachlichen Beratungen geführt. In dem Vertrage ist besonders niedergelegt, daß England und Deutschland keine Ausfuhr gegenseitig nicht diskriminieren werden, und daß sie dem Begriff der Meistbegünstigung die denkbar weitestgehende Auslegung geben. Da von der englischen Industrie Schutzzölle mit der Begründung eingeführt wurden, daß sie gegen die Konkurrenz aus Ländern mit günstigeren Produktionsbedingungen schützen sollten, fühlt sich Deutschland insofern diskriminiert, als Deutschland ja nicht unter derartigen Bedingungen arbeitet, vielmehr noch durch den Dawes-Plan belastet ist.

Deutschland verlangt also, daß es jetzt nicht schlechter behandelt wird als zur Zeit des Vertragsabschlusses, besonders da England selbst von Deutschland besser behandelt wird, da es den Erleichterungen der deutschen Verträge mit Belgien und Italien auf Grunde der Meistbegünstigung ohne weiteres teilnimmt. Wenn von englischer Seite angedeutet wird, daß der Vertrag bei Streitigkeiten über seine Auslegung die Anrufung des Internationalen Gerichtshofes im Haag vorsieht, so wird man dem entgegenhalten müssen, daß es sich nicht um Definitionen, sondern um ganz reale Tatsachen handelt, die durch die englische Zollgesetzgebung geschaffen worden, und daß Deutschland natürlich jederzeit die Möglichkeit hat, mit ähnlichen Maßregeln zu antworten. Der Sinn der gegenseitigen Verbaumung ist es aber natürlich, gerade das zu vermeiden.

Reichsbankpräsident und Dawes-Plan.

W. T. B. meldet:

Vor einigen Tagen lagen Pressemeldungen aus Paris vor, wonach große Pariser Bankhäuser von ihrer Neu Yorker Vertretern die Mitteilung erhalten hätten, daß Reichsbankpräsident Dr. Schacht die Regierung der Vereinigten Staaten für eine Einbeziehung einer Revision zur Abänderung des Dawes-Planes zu interessieren versuche. Diese Meldungen wurden schon in Zeitungsnotiz gebracht mit der ausgesprochenen Absicht der französischen Regierung, bei den Vereinigten Staaten einen gemeinsamen französisch-englischen Schritt zu unternehmen, um die Revision des Dawes-Plans mit der Regelung der interalliierten Schulden zu verbinden.

Wie wir von unterrichtester Seite auf Grund einer telegraphischen Anfrage bei Herrn Reichsbankpräsidenten erfahren, ist an eine solche Möglichkeit bisher nicht gedacht worden. Der Reichsbankpräsident hat über eine Abänderung des Dawes-Planes weder persönlich, auch noch keine Konferenz zu diesem Zwecke vorgeschlagen. Im übrigen ist auch von amtlicher amerikanischer Seite in der Presse bestätigt worden, daß der Reichsbankpräsident bei seinen Besprechungen in Washington den Dawes-Plan in seiner Weise berührt hat. Auch die Meldung über einen gemeinsamen deutsch-französischen Schritt zur Verbindung der Revisionsfrage mit den interalliierten Schulden gehört in das Reich der Phantasie.

Brüssel, 10. 11. (Sonderdienst der DTU.) Der Erzpreßing Charleroi-Brüssel ist heute morgen entgleist. Obgleich die Wagen umgeworfen sind 17 Personen verwundet wurden, ist kein Todesfall zu beklagen.

Adelaide, 10. 11. (Sonderdienst der DTU.) Die australischen Seeleute haben heute morgen den Streik abgebrochen.

Amerikanischer Funkdienst.

New York, Devisen- u. Geldmarkt.
(Notierungen von 1 Uhr nachmittags)

	10. 11.	9. 11.		10. 11.	9. 11.
Tägl. Geld	5½	4½	Amsterd.	40,19	40,19
Berlin	23,80—23,82	23,80—23,81	London	19,274	19,27
Wien	—	—	Mailand	20,22	20,30
London			Kopenh.	24,84	24,82
Amst'dm	4,84,68	4,84,68	Prag	2,96	2,96
Lond. Off.	4,80,75	4,80,50	Wien	3,98	3,98
Paris	3,98,00	3,96,00	Madrid	14,28½	14,28
Madrid	4,33,00	4,30	Zürich	69½	69½

New York, Produktenmarkt.

	10. 11	9. 11.		10. 11	9. 11.
Kaffee Santos	23½	23½	Weizenmehl	5,50	5,50
„ Rio	19½	19½	Rotes Winterweizen	1,38	1,36
„ Vardr.	18,05	18,80	Schmalz West.	16,45	16,50
„ Kilo	17,25	17,50	Talg	10½	10½
Zucker	6,00	6,00	Ob. Baumwolle	10,12	9,85
„ loll	6,50	6,70	„ Lv.	10,03	9,92
Kupfer	13,95	16,15	Preise Kupfer	17,75	17,75
Zinn	60,50	59,95	Blei	6,75	6,75
„ Straits	19,98	19,48	Eisenbahnaktien	13,75	13,75
„ Januar	19,60	19,02	Industrieaktien	3,15	3,15
Getreide	1,71	1,70	Weizen Dez.	2,24	2,24
„ April	1,55	1,09	„ Januar	2,28	2,27
Zucker	79 000	44 000	„ März	2,29	2,27
Weizen Mai	141½	141½	Getreidefracht	10	10
Mais	62,25	62,25	„ Chicago	98½	99½
„	9,75	9,75	Fleischpreis	114	114
Schweine	8,80	8,80	Speck	10½	10½
Mais	20,75	20,75	Baumw. N. Orl.	19,82	18,75

	10. 11.	9. 11.		10. 11.	9. 11.
Weizen, rot	173½	172	Mais, Sp.	7,50—7,75	7,50—7,75
Kartoffeln	172½	170	Schm. Sept.	8,0—8,3	8,0—8,3
Mais	97½	97½	Sonntag	12-14 cts	12-14 cts

Chicago, Produktenmarkt.

	10. 11	9. 11		10. 11	9. 11.
Weizen Dez.	150½	148½	Getreide. März	13,90	13,95
„ Mai	145	144	Hafer Januar	14,30	14,15
Mais Dez.	75½	75½	Speck	16,50	16,75
„ Mai	74	74	Schweine Januar	11,10	11,25
Kaffee Dez.	38½	38½	Schweine März	11,65	11,85
„ Mai	43	42	Schweine Mai	11,15	11,30
Hafer Dez.	60½	60½	Schweine Mai	11,65	11,90
„ Mai	86½	86½	Chicago	36 000	40 000
Schweine Jan.	14,15	14,17½	Weizen	106 000	127 000

Ein Jahr Baldwin.

Von unserem Berichterstatter.

sx. London, 8. 11.

Eine Deputation aller Klubs hat sich bei dem Innenminister Sir Joynson Hicks beschwert, daß man immer noch zu bestimmten Tages- und Nachtzeiten seinen Klubs vom Klub betommen kann. Der Krieg wäre doch nun vorüber und der Staat hätte doch nicht die Aufgabe, seine Bürger zu chikanieren. Sir Joynson verhielt sich energisch diesen Zum, der Verkehr mit Ministern der Krone durch das unpassend sei. Der Fall wird untersucht werden und die Klubs werden wohl ihr Anliegen bekommen. Was die Sache interessant macht, ist nur, daß der Sprecher der Klubs, der sich diese scharfe Abfuhr von dem konservativen Innenminister holte, konservatives Unterhausmitglied und Präsident der Vereinigung aller konservativen Klubs ist. Der Zwischenfall ist charakteristisch für die gereizte Stimmung, die in der konservativen Partei bei der allgemeinen Erfolglosigkeit der Regierung vorherrscht.

Sir Joynson Hicks hat sich persönlich stark in die Geschichte gegeben, und es ist verständlich, wenn er sich bei dem provozierten Kommunistenprozeß nicht ganz wohl fühlt. Dieser Prozeß wird schwerlich um konservativen Massenlosungen geführt, und die Scharfmacherpresse schlug so begeisterte Töne an, daß der Redakteur der „Evening News" wegen Mißachtung des Gerichts (Eingreifens in ein schwebendes Verfahren) 100 £ Strafe zahlen mußte. Aber dieser Prozeß ist kein Ding für sich, sondern läßt sich gar nicht trennen von dem gesamten politisch-sozialen Programm des Kabinetts Baldwin gegenüber Sozialisten und Gewerkschaften. An einem der letzten Verhandlungstage wurde die Kaution für die kommunistischen Angeklagten gezahlt durch — Bernhard Shaw und Herrn Cook, den Generalsekretär der Bergarbeiterunion.

Die Anklage im Kommunistenprozeß war nicht wegen irgendeines besonderen Vorfalls erhoben worden, sondern einfach wegen des kommunistischen Parteiprogramms. Kommunistischer Druck ist aber strafbar. Erst im Verlauf des Prozesses war man so glücklich, bei einer Hausdurchsuchung im Parteibüro Druckstücken zu finden, mit denen Polizisten und Soldaten angeblich Gehorsamsverweigerung aufgestachelt werden könnten. Das ist aber kein Punkt der Anklage, und nun auf solche drehen sich bekanntlich englische Prozesse. Es ist sehr fraglich, ob Sir Joynson Hicks die Courage haben wird, durchzuhalten. Wenn man plötzlich im Oktober des Jahres 1925 entdeckt, daß das kommunistische Programm als solches strafbar ist, dann ist das natürlich keine juristische, sondern eine rein politische Frage, die die Verschärfungspolitik Baldwins gegenüber den Gewerkschaften endgültig zum Scheitern bringen könnte.

Gegen dieses Steckenpferd Baldwins wird nun aber aus dem konservativen Lager immer wieder Sturm gelaufen. Das Angriffsziel ist die sogenannte „politische Abgabe" der Gewerkschaften, auf der die finanzielle Stärke der Sozialisten überhaupt beruht, da die Labour-Partei über eine gut durchgearbeitete Organisation nicht verfügt. Das politischen Entrechtung der Gewerkschaften ist ein Stück des Trade-Unions-Akt von 1913 ein Ende gemacht, der die Erhebung der „politischen Abgabe" erlaubte. Bedingung war nur, daß jedem Mitglied trestchen müsse „to contract out", sich durch eine schriftliche Erklärung an der Zahlung des politischen Zuschlags zum Gewerkschaftsbeitrag zu befreien. Der konservative Vorstoß „to contract in" will umgekehrt die Erhebung des Zuschlags von der schriftlichen Einwilligung des Mitglieds abhängig machen. Das ist bei der Indifferenz der Massen ziemlich gleichbedeutend mit finanziellem Bankrott der politischen Gewerkschaftsarbeit. Baldwin hat in der letzten Parlamentssession diese konservativen Pläne abgelehnt. Konservative Unterhausmitglieder haben ihm jetzt schriftlich mitgeteilt, da